

Maximilian Schiffers

Zu Gast bei Lobbyisten im Wahlkampf

Überlegungen zu Handlungsmotivationen von Parteien- und Interessenvertretern im Vorfeld der Bundestagswahl 2013.

01. August 2013

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT
**DUISBURG
ESSEN**

Redaktion

Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat

Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

Zu Gast bei Lobbyisten im Wahlkampf

Überlegungen zu Handlungsmotivationen von Parteien- und Interessenvertretern im Vorfeld der Bundestagswahl 2013

Von Maximilian Schiffers¹

1. Einleitung: Verbandsveranstaltungen als Bühne für politische Auseinandersetzungen

Prominente Keynote-Speaker, renommierte Journalisten als Moderatoren, begleitende Studien, die von auflagenstarken Medien vorab exklusiv aufbereitet werden und zum Veranstaltungsauftritt einen ersten Aufschlag liefern: Die Inszenierung der Kongresse und Jahrestagungen der großen Interessenverbände in Deutschland ist hochprofessionalisiert. Bereits in „normalen“ Jahren zählen diese Veranstaltungen zu den zentralen Terminen in den Politikerkalendern der Berliner Republik. Im Vorfeld einer Bundestagswahl erreichen sie ein noch höheres Niveau an öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit: Das Spitzenpersonal der großen Parteien präsentiert auf den öffentlichkeits- und multiplikatorenwirksamen Tagungen der Interessenvertreter die inhaltliche Ausrichtung der jeweiligen Wahlprogramme in Policy-Grundsatzreden bzw. Podiumsdiskussionen. Auch wenn sich die besondere Situation des Wahlkampfes vom unspektakulären Tagesgeschäft der etablierten Arbeitskontakte der Interessenvermittlung unterscheidet, lohnt es sich, die Reden bzw. Wortbeiträge der Parteien- und Interessenvertreter auf diesen Veranstaltungen zu beleuchten. Der Fokus liegt dabei im Folgenden auf Mustern in den Handlungsmotivationen der Spitzenakteure, die sich im Frühsommer vor der Bundestagswahl 2013 beobachten lassen. Als Bühne hierfür dienen der [Deutsche Verbrauchertag](#) der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), der [Tag der deutschen Industrie](#) des BDI sowie der [BDEW-Kongress](#) der Energie- und Wasserwirtschaft.

Die Auswahl der Akteure und der Veranstaltungen ist allerdings nur als kleiner Ausschnitt aus dem komplexen Netz der formalen und informellen Beziehungen zwischen Vertretern von Parteien, Interessengruppen und Regierung zu sehen. Doch auch ohne systematische Analyse lassen sich bereits hier einige Muster erkennen, die sich an anderer Stelle wiederfinden bzw. aus anderen Kontexten bekannt sind. Bei den ausgewählten Veranstaltungen waren, mit Einschränkungen, Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien zu Gast. Als Hauptrednerinnen und -redner sprachen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, FDP-Parteichef Philipp Rösler, sowie die Grünen Doppelspitze mit Katrin Göring-Eckardt und

¹ Maximilian Schiffers ist externer Promotionsstipendiat an der NRW School of Governance. Dort beschäftigt er sich seit Oktober 2012 mit dem Einfluss von Interessengruppen auf die Handlungskorridore des Regierens. Er studierte von 2006 bis 2012 Politikwissenschaft im Magisterstudiengang an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der modernen Regierungsforschung sowie in der Interessengruppen- und Lobbyismusforschung.

Jürgen Trittin. Die Linke wurde lediglich zur großen Wahldebatte der Generalsekretäre bzw. Bundesgeschäftsführer auf dem Deutschen Verbrauchertag geladen.

2. Theoretischer Hintergrund: politische Rationalität und Zieldimensionen des Akteurshandelns

Neben Parteien gehören Verbände und andere Interessengruppen zu den zentralen Akteuren, die die Prozesse der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung gestalten. Über formale wie informelle Kontakte und Informationskanäle tauschen sie sich mit politischen Entscheidungsträgern aus, wodurch die beteiligten Akteure wechselseitig von Expertisen, exklusivem Wissen und privilegiertem Zugang in das politische Entscheidungszentrum profitieren. Obwohl sich die Akteure offiziell den Grundsatz der politischen Neutralität gegeben haben, gibt es nach wie vor die Tendenz zu Wahlverwandtschaften zwischen bestimmten Verbänden, Interessenvertretern und Parteien. Gerade bei den großen Interessenorganisationen überschreitet diese aber nur selten die Grenze zur aktiven Wahlkampfunterstützung. Gute Kontakte insbesondere zur Arbeitsebene der Ministerialbürokratie und den Fachausschüssen des Bundestages wollen auch über einen möglichen Regierungswechsel aufrechterhalten werden (u.a. Schiller 2007). Auch aus Perspektive der politischen Führungsspitze in Regierung und Opposition gelten verlässliche Beziehungen zu Interessenvertretern als Machtressource. Die Unterstützung durch Fachverbände suggeriert Konsens und Expertise (Florack/Grunden/Korte 2011: 194) – ebenfalls zwei Ressourcen, die Spitzenakteure vor allem im Wahlkampf nicht vermissen wollen.

Die theoretische Perspektive, aus der im Folgenden die Äußerungen der Parteien- und Interessenvertreter im Wahlkampf beobachtet werden, folgt dem Konzept des Politikmanagements (u.a. Korte/Fröhlich 2009). Demzufolge lassen sich die Handlungen politischer Akteure anhand verschiedener Kategorien verorten. Die Sachrationalität bestimmt sachgerechte und machtpolitisch sichernde Problemlösungen, die Vermittlungsrationalität fragt nach der Organisation entsprechender Mehrheiten und die Durchsetzungsrationalität thematisiert, wie ausgehandelte Problemlösungen gegen Widerstände verwirklicht werden können (Grasselt/Korte 2007: 57-58, Korte/Fröhlich 2009: 192, 226). Gemeinsam kennzeichnen sie die übergeordnete, politische Rationalität, mit deren Hilfe politische Akteure Handlungsspielräume und Handlungsblockaden im politischen Prozess erkennen können. Die Rationalität ermöglicht es zudem, verfolgte Nutzenkalküle wie Machterwerb und Machtsicherung zu identifizieren, die in dieser Perspektive die übergeordneten Faktoren der Akteursstrategie darstellen (Korte/Fröhlich 2009: 224).

Aus der politischen Rationalität lassen sich mehrere Zieldimensionen ableiten, innerhalb derer sich die Akteursmotivation bewegt: das (1) Ziel „*Profilbildung*“, das (2) Ziel der „*direkten Ressourcensteigerung*“, das (3) Ziel „*Machtdemonstration*“ und das (4) Ziel „*sachorientierte Problemlösung*“. Aus der besonderen Situation des Bundestagswahlkampfes heraus werden die Grundsatzreden jedoch nur nach den ersten drei Zieldimensionen untersucht. Politische Akteure stehen im Wahlkampf in einem Spannungsfeld von Selbstdarstellung, Aufzeigen von Erfolgen bzw. Handlungsbedarf, sowie der Betonung von Gemeinsamkeiten (mit potentiellen Unterstützern) und Unterschieden (zu Konkurrenten). Dadurch kippt die Verbindung von Sach- und

Machtfragen (Korte/Fröhlich 2009: 176) zu Lasten der Problemlösung. Problemadäquate Initiativen, deren Auswirkung auf andere Politikfelder, Fragen zur administrativen Implementierung und die Verhältnismäßigkeit der Ressourcenverwendung (u.a. Florack/Grunden 2011: 17) werden stets aus der Perspektive der Stimmenmaximierung gesehen. Dies spiegelt sich auch in den Redeausschnitten auf den Tagungen der Interessenvertreter wider. Konkrete Vorschläge für politische Richtungsentscheidungen und Detailfragen werden angerissen, dienen aber meistens dazu, andere Punkte argumentativ zu unterfüttern.

3. Akteursmotivation im Wahlkampf: drei Zieldimensionen

Bevor die Redeausschnitte der Spitzenpolitiker und der Interessenvertreter anhand der aufgestellten Kategorien betrachtet werden, lohnt sich nochmal der Hinweis auf die inhaltlichen und analytischen Einschränkungen. Die drei ausgewählten Veranstaltungen – der Deutsche Verbrauchertag, der Tag der deutschen Industrie und der BDEW-Kongress – sind lediglich eine Momentaufnahme innerhalb der komplexen Beziehungen zwischen parteipolitischen Akteuren und Interessengruppen und können auch in den drei ausgewählten Politikfeldern nur einen ausschnitthaften Einblick geben. Die Redeausschnitte dienen folglich als Blitzlicht, um Anhaltspunkte für Muster der politischen Rationalität zu finden.

3.1 Ziel (1): Profilbildung

Das (1) *Ziel „Profilbildung“* steht im Zeichen einer klar identifizier- und abgrenzbaren öffentlichen Wahrnehmung. Die Akteure versuchen ihre Akzeptanz zu steigern durch Agenda Setting bzw. durch bevorzugtes Behandeln und Hinauszögern von Sachfragen (Rüb 2012: 124), dem öffentlichkeitswirksamen Verwirklichen der eigenen Ideologie (Böcher/Töller 2012: 192), sowie durch das Schmieden von Allianzen mit anderen wichtigen Akteuren (Töller 2012: 181). Ein thematischer Bereich, anhand dem sich mehrere Redeausschnitte gruppieren lassen, befasst sich mit der Betonung der eigenen fachlichen Kompetenz. Beispielsweise verdeutlichen die Interessenvertreter des Verbraucherschutzes und der Energiewirtschaft ihre eigene Relevanz im politischen Geschehen und warum die Parteienvertreter zu ihren Themen Stellung beziehen sollten:

Gerd Billen (Verbraucherzentrale Bundesverband) – Deutscher Verbrauchertag: „Die Umfrage hat ergeben, dass über die Hälfte der Befragten das Thema Verbraucherschutz überhaupt keiner politischen Partei zuordnen können. Das, finde ich, zeigt auch, dass die Parteien mehr Profil zeigen müssen, dass sie Gesicht zeigen müssen, dass sie sich intensiver mit dem Thema beschäftigen müssen, und von daher ist es für die Parteien die große Aufgabe, sich mehr um ihr Profil in der Verbraucherpolitik zu kümmern und das auch deutlich zu machen.“

Hildegard Müller (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) – BDEW-Kongress: „Dieser BDEW Kongress ist für die Energie- und Wasserwirtschaft und für die, die sich in diesen Feldern politisch engagieren, der Auftakt zu einem spannenden Schlusspurt. Es ist der erste und vielleicht einzige Ort auf dem Weg zur Bundestagswahl, an dem das gesamte Spitzenpersonal der politischen Parteien in Deutschland zu unseren Themen Stellung beziehen wird. In dieser Dichte und Konzentration beobachtet von den Teilnehmern des Kongresses und der bundespolitischen Presse, wird es das bis zur Wahl nicht

mehr geben. Und deswegen ist es eine gute Gelegenheit für all diejenigen, die dort Planungen und Ziele haben bei der Bundestagswahl, uns ihre Meinung zu den für uns wichtigen Themen zu sagen.“

Auch die parteipolitische Profilbildung beruft sich auf fachliche Kompetenz, durch die sich die eigene Partei von anderen abheben kann. Besonders anschaulich ist hierbei eine betont pragmatische Haltung innerhalb des Spannungsfelds von Parteiideologie und politischen Notwendigkeiten.

Peer Steinbrück (SPD) – Tag der deutschen Industrie: „Viele produktionsorientierte Dienstleistungen gäbe es nicht, wenn wir nicht diese starke industrielle Basis hätten. Deshalb werden Sie von mir auch eine Politik erwarten können, die auf die Stärkung und auf den Erhalt dieser industriellen Wertschöpfungskette einen großen Akzent setzt. Mehr als das, Sie werden von der SPD nachlesen können [...] ein industriepolitisches Papier - ein Konzept [...] wo jedenfalls die bisher weitreichendsten Positionen festgelegt worden sind, soweit ich das im Vergleich zu anderen Bundestagsfraktionen oder anderen Parteien erkennen kann.“

Philipp Rösler (FDP) – BDEW-Kongress: „Ich weiß, dass diese Verordnung, auch das Gesetz [Anm. Reservekraftwerksverordnung und Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes], – ich sage es mal nett – nicht zu den Dingen gehören, die bei Ihnen auf der Top-Liste standen. So will ich es mal formulieren. Aber seien Sie versichert, auch wir wissen, dass die Maßnahmen, die wir dort umsetzen müssen, nicht zum Instrumentenkasten der sozialen Marktwirtschaft gehören. Das wissen wir und wir fühlen uns auch nicht wohl dabei. Will damit sagen, das soll nicht dauerhaft und ewig so bleiben. Sie alle wissen, beides ist befristet auf 2017.“

Katrin Göring-Eckardt (Die Grünen) – Tag der deutschen Industrie: „Wirtschaft ist Teil der Lösung. Unser Ziel der ökologischen Transformation ist nicht verhandelbar. Es ist auch kein wirtschaftsfeindliches Ziel – im Gegenteil. Die ökologische Transformation der Wirtschaft ist ein gewaltiges Innovations- und Investitionsprogramm. [...] Selbst der Verband der chemischen Industrie sagt, dass der ökologische Ordnungsrahmen in der Vergangenheit nicht zum Schaden der Unternehmen war, sondern zu einem erfolgreichen Strukturwandel geführt und zur Erschließung neuer Märkte beigetragen hat. Wir sagen: Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben.“

Eng mit Pragmatismus und fachlicher Kompetenz verbunden ist die Profilbildung durch Abgrenzung. Diese erfolgt beispielsweise über einen direkten Angriff auf die Regierung, die implizite Profilabgrenzung zum möglichen Koalitionspartner, oder – im Fall der Bundeskanzlerin – über die ultrapragmatische Abgrenzung vom parteipolitisch motivierten Dualismus von Regierung versus Opposition.

Angela Merkel (CDU) – Deutscher Verbrauchertag: „Das Thema [Mietpreisbremse] haben wir uns in der Union in der Tat noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich war beim Deutschen Städtetag und war sehr beeindruckt, dass alle Oberbürgermeister parteiübergreifend davon überzeugt waren, dass auch in diesem Bereich eine Begrenzung eingeführt werden muss. Genau aus diesem Grund haben wir uns auch dazu entschlossen, dies in unser Wahlprogramm aufzunehmen. [...] Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn die SPD als Erste einmal eine gute Idee hatte, dann bin ich doch die Letzte, die das nicht unter dem Etikett „Verbraucherschutzpatentierung“ nun auch festschreibt. Ja, es war eine SPD-Idee; sie ist

von CDU-Bürgermeistern übernommen worden, anschließend von CDU und CSU; und dann müssen wir sie bloß noch umsetzen.“

Jürgen Trittin (Die Grünen) – BDEW-Kongress: „Dass Merkel und Altmaier es nicht können, ist inzwischen gerichtsnotorisch. Noch keine Bundesregierung hat in Energiefragen so entscheidende Verfahren verloren wie die Merkel-Koalition. Nicht nur die EU-Kommission sieht in der schwarz-gelben Befreiung von der Netzzumlage eine illegale Subvention. [...] Man kann das für Unvermögen halten. Ich sage: Ist es auch Wahnsinn –so hat es doch Methode.“

Peer Steinbrück (SPD) – Deutscher Verbrauchertag: „Wir zeigen mit diesem Programm auch, dass für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verbraucherschutz mehr ist als nur Bio und Tierschutz. Verbraucherschutz betrifft auch die Pflege, das Kinderspielzeug, Handygebühren, den Strom. Ja, wir wollen die Energiewende. Aber uns ist nicht egal, wer wie viel dafür zahlen muss.“

Als dritter Bereich innerhalb der Profilbildung erscheint der Schulterschluss zwischen Parteipolitik und Verbündeten aus den organisierten Interessen. Gemeinsame Positionen werden herausgehoben, die Nähe von Zielen und Argumentationsrichtungen unterstrichen.

Peer Steinbrück (SPD) – Deutscher Verbrauchertag: „Was die Bundesregierung hierzu als Gesetzentwurf vorgelegt hat, ist – mit Verlaub – ein Rohrkrepiierer. [...] Die Kritik der Verbraucherzentralen am Gesetzentwurf ist absolut berechtigt. Ich finde die „Initiative Finanzmarktwächter“ der Verbraucherzentralen großartig. Sie scheinen mir das perfekte Bindeglied zwischen Finanzaufsicht und den Verbraucherverbänden zu sein. Die Aufsicht hat zwar einen guten Überblick über die Finanzmärkte, aber ihr fehlt der direkte Kontakt zu den Verbrauchern. Umgekehrt haben die Verbraucherverbände zwar den direkten Kontakt, aber ihnen fehlen noch die Befugnisse, um gegen Missstände vorzugehen. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass die Finanzmarktwächter fest bei den Verbraucherzentralen etabliert werden und alle Befugnisse erhalten, die sie benötigen, um ihre Funktion als Finanzmarktmonitor und damit als Frühwarnsystem zu erfüllen.“

Ulrich Grillo (Bundesverband der Deutschen Industrie) – Tag der deutschen Industrie: „Das zweite Thema für ein nachhaltig erfolgreiches Deutschland heißt: Richtige Steuerpolitik – und richtige Haushaltspolitik, sprich: Ausgabenpolitik! Auch dazu hat der BDI eine klare Meinung. Und die heißt: Wir brauchen in Deutschland keine Steuererhöhungen! Erst recht keine neuen Substanzsteuern in Form von Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe. Ich freue mich, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass Sie der gleichen Meinung sind!“

Angela Merkel (CDU) – BDEW-Kongress: „Dankeschön dafür, dass Sie nicht geklagt haben, sondern dass Sie einfach gesagt haben: Das Projekt Energiewende wird von uns im Grundsatz mitgetragen. Deshalb auf weitere gute gemeinsame Zusammenarbeit – was sowohl die Wasserwirtschaft als auch die Energiewirtschaft anbelangt. Deutschland ist ein Land mit höchster Qualität, was die Daseinsvorsorge anbelangt. Da vertritt dieser Verband zwei sehr wichtige Bereiche. Deshalb freue ich mich auch auf die weitere Zusammenarbeit.“

3.2 Ziel (2): direkte Ressourcensteigerung

Das (2) Ziel der direkten Ressourcensteigerung dient der Maximierung von Wählerstimmen und parlamentarischer Zustimmung für bestimmte Themen und Maßnahmen (Florack/Grunden 2011: 17) bzw. der Zustimmung der eigenen Mitglieder und Unterstützer im Fall von Verbänden und anderen Interessengruppen. Gleichzeitig sollen ökonomische Ressourcen sowie der privilegierte Zugang zu exklusiven Informationen und Entscheidungszentren sichergestellt werden (vgl. Rüb 2008: 104, Böcher/Töller 2012: 191). Ein Bereich, in dem sich dieses Ziel in den Redeausschnitten besonders deutlich zeigt, ist das Versprechen bzw. die Forderung für direkten Zugang der Interessenvertreter in das politische Entscheidungszentrum. Der Zugang ist zwar nicht gleichzusetzen mit letztendlichem Einfluss auf politische Entscheidungen (Bouwen 2004: 337-338), gilt aber dennoch als wichtige Ressource. Dies wird am Beispiel des Verbraucherschutzes deutlich, an den ein besserer Zugang gefordert bzw. auf weitere Beteiligungsmöglichkeiten verwiesen wird. In ähnlichem Maße dient auch der Vorschlag einer Ressortneuordnung nach der Wahl einem direkteren Zugang zum politischen Entscheidungszentrum. Durch die Bündelung aller relevanten Kompetenzen soll der Zugangsweg vereinfacht werden.

Gerd Billen (Verbraucherzentrale Bundesverband) – Deutscher Verbrauchertag: „Ich glaube, wir als Verbraucher sitzen bei vielen politischen Entscheidungen am Katzentisch, und das muss anders werden. Die Verbraucherperspektive, die Kosten, die Chancen, der Nutzen - das muss mit am Kabinetttisch auf Augenhöhe verhandelt werden und deswegen fordere ich eine Stärkung des Verbraucherschutzes auch in der Regierung. Das Ministerium braucht mehr Verantwortung, mehr Kompetenzen in wichtigen Themen, denn sonst kann eine Verbraucherministerin oder ein Verbraucherminister zwar Probleme benennen, hat aber nicht die Möglichkeit, sie selbst zu lösen. [...] Packen Sie den Verbraucherdatenschutz vom Innenminister zur Verbraucherministerin, sorgen Sie dafür, dass die Energiekennzeichnung bei Autos nicht vom Wirtschaftsminister gemacht wird.“

Angela Merkel (CDU) – Deutscher Verbrauchertag: „Sie sagen, Sie möchten einen Finanzmarkt-wächter. Wir sagen, die Verbraucherschützer haben Sitz und Stimme im neuen Verbraucherbeirat, der die Finanzaufsicht berät. Herr Billen sagt, das reicht nicht. Wir sagen: Lasst uns das doch erst einmal anschauen. Insofern haben wir noch eine Klippe zu überwinden. Aber ich glaube, wir sind mit diesem Verbraucherbeirat einen wichtigen Schritt gegangen, der die BaFin berät. Am 20. Juni wird sich dieser Beirat konstituieren. Ich bitte Sie jedenfalls, erst einmal dort mitzumachen.“

Peer Steinbrück (SPD) – BDEW-Kongress: „Bei dem jetzigen Management der Energiewende vermisste ich durchaus eine gewisse Richtlinienkompetenz. Ich vermisste, dass dieses wichtige Vorhaben delegiert worden ist, an einen Kanzleramtsminister. Ich kritisiere, dass zu viele Ressorts damit fachlich befasst sind und das für diejenigen, die eindeutige politische Signale wünschen, eigentlich drei oder vier verschiedene Ministerien besuchen müssten, um dieses energiepolitische Signal artikulieren zu können.“

Ein weiterer Bereich, der eng mit direktem Zugang als Ressource zusammenhängt, ist die aktive Unterstützung der einflussreichen Akteure für bestimmte Interessen und Gesellschaftssegmente. Dies gilt sowohl für parteipolitische Akteure, die bestimmte Positionen aus den Regierungsämtern heraus unterstützen können, als auch für konkurrierende Interessenvertreter gegenüber ihrer Kernklientel.

Ulrich Grillo (Bundesverband der Deutschen Industrie) – Tag der deutschen Industrie: „Der eine oder andere glaubt immer noch, die Industrie könne noch mehr der Kosten tragen. Nein, viele Unternehmen sind längst an ihrer Belastungsgrenze angekommen. So zieht man der deutschen Wirtschaft den Stecker. Die deutsche Wirtschaft trägt zur Zeit rund zehn Milliarden EEG-Umlage im Jahr, also die Hälfte der Gesamtkosten. Die rund acht Millionen Industriearbeitnehmer werden überproportional belastet, und zwar gleich doppelt: als Arbeitsplatzinhaber tragen sie die gestiegenen Kosten des Unternehmens bereits mit – und zu Hause zahlen sie als Stromverbraucher noch ein zweites Mal!“

Angela Merkel (CDU) – BDEW-Kongress: „Das führt mich zu einem dritten Punkt, bei dem es um das zukünftige Marktdesign geht. In die Diskussion darüber hat sich der BDEW sehr stark eingebracht und hat immer wieder gemahnt, dass der Prozess der Grundlastsicherung, also der Versorgungssicherheit, ein transparenter Prozess, ein durchschaubarer Prozess sein muss. Deshalb ist die Begeisterung über die von uns heute im Kabinett beschlossene Verordnung für Reservekraftwerke noch nicht so ausgeprägt, wie ich mir das wünschen würde. Lassen Sie mich dazu sagen: Die Verordnung ist ein erster Schritt.“

Ein dritter Bereich, der sich aus den Redebeiträgen identifizieren lässt, umfasst ökonomische Ressourcen, die beispielsweise durch Planungssicherheit gegenüber einem möglichen Politikwandel erhalten werden sollen.

Peer Steinbrück (SPD) – BDEW-Kongress: „Wir haben in den letzten zwei Jahren ein ziemliches hin und her erlebt. In den Gesprächen, die ich mit einigen Vertretern der Energiewirtschaft habe führen können, war sehr deutlich, dass große Investitionen wegen dieser Planungsunsicherheit definitiv nicht nur zurückgestellt worden sind, sondern abgesagt worden sind. [...] Deshalb komme ich auch zu dem Ergebnis, dass die derzeitige Gestaltung schon nicht nur Investitionen bremsten dann Investition auch schon abgewehrt hat. Es gibt widersprechende Aussagen. Es gibt eine gewisse Verwirrung der Wirtschaft, die sich in Planungssicherheit und abgesagten Investition niederschlägt.“

Angela Merkel (CDU) – Tag der deutschen Industrie: „Aber wir bleiben auch darauf angewiesen, dass es in Deutschland Menschen gibt, die Lust daran haben, weiter etwas zu unternehmen und dass ihre Unternehmen wachsen – große oder kleine Unternehmen. Deshalb sagen wir: Jede Irritation in der jetzigen Phase ist absolut falsch. Deshalb werden wir – ich spreche jetzt für meine Partei – keine Steuern erhöhen, sondern wir werden sagen: Wir bleiben auf Kurs. Wir bekommen mehr Steuereinnahmen in den Staatssäckel, wenn wir keine Irritationen im Wirtschaftsbereich verursachen. Wer hingegen komplette Irritationen verursacht, nimmt letztlich nur Attentismus oder weniger Wachstum in Kauf.“

Philipp Rösler (FDP) – BDEW-Kongress: „Deutschland ist das einzige Land, die einzige Volkswirtschaft, die es geschafft hat, trotz großen Wachstums in den letzten Jahren den Energieverbrauch zu reduzieren. Das zeigt, dass man sich hier auf dem richtigen Weg befindet, dass man Ordnungsrecht an letzter Stelle anwendet und zu allererst an Anreizen arbeitet und an Aufklärung. Das muss auch in Zukunft so sein.“

3.3 Ziel (3): Machtdemonstration

Im (3) *Ziel Machtdemonstration* streben die Akteure danach, sich gegenüber Anderen durchzusetzen und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren (Töller 2012: 181), sowie inhaltliche Tauschgeschäfte zu nutzen, um politische Siege zu inszenieren (vgl. Böcher/Töller 2012: 192). In einem

Bereich, dem sich zahlreiche Redeausschnitte zuordnen lassen, betonen die Akteure, wie unentbehrlich sie für bestimmte Politikentwicklungen oder politische Entscheidungen sind. Mit großer Anstrengung werde die eigene Zielsetzung auch gegen heftigen Widerstand verfolgt und durchgesetzt. Diese Durchsetzungsfähigkeit wird zum Garant, dass Wahlversprechen auch umgesetzt werden können. Dies erfolgt meist anhand einer „nicht ohne uns“ bzw. „nur mit uns“ Argumentation.

Angela Merkel (CDU) – Tag der deutschen Industrie: „Wir haben einen Anlauf zu einer EEG-Novelle unternommen. Der Bundesumweltminister hat die Prügel dafür bekommen; aber es war richtig, dass er deutlich gemacht hat: Wir brauchen eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Wir haben das jetzt vor der Wahl nicht geschafft. Aber es ist die wichtigste Aufgabe direkt nach der Wahl, die Verzahnung zwischen grundlastfähiger Energie, Netzausbau und der Produktion erneuerbarer Energien besser hinzubekommen.“

Philipp Rösler (FDP) – BDEW-Kongress: „Und wir alle wissen - Sie als Fachleute sowieso - dass die meisten Effizienzreserven im Gebäudebereich im Wärmebereich zu finden sind. Und wir hätten damit sehr einfach einen Riesenschritt vorankommen können, bei der Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland. Es ist bedauerlich, dass es jetzt aus parteipolitischen Gründen im Bundesrat gescheitert ist. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass eine der ersten Maßnahmen direkt nach der Bundestagswahl eben das erneute Auflegen dieser energetischen Gebäudesanierung ist, damit wir eben genau das erreichen, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.“

Peer Steinbrück (SPD) – Deutscher Verbrauchertag: „Ich teile Ihre Forderungen in hohem Maße. Die Verbraucherinnen und Verbraucher geben Ihnen Recht. Ihre heute erschienene Verbraucher-Studie hat gezeigt: Eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent der Befragten fordert, dass unabhängige Institutionen die Märkte stärker überwachen. Mein Ziel ist es, Ihnen eine starke Lobby in der Bundesregierung zu verschaffen. Dafür muss sie wechseln. Denn sonst bleibt es dabei, dass die Lobbyisten der Anbieter die Gesetze diktieren, und nicht die Bedürfnisse der Verbraucher.“

Katrin Göring-Eckardt (Die Grünen) – Tag der deutschen Industrie: „Viele Regelungen für den Klimaschutz kommen inzwischen von der europäischen Ebene (sind ja nicht nur wir Grünen!) Statt über die Bundesregierung zu versuchen, diese Regelungen zu verhindern, will ich, dass unsere Wirtschaft, die starken deutschen Unternehmen, ihren Technologievorsprung nutzen, um innovative Lösungen zu finden. Die Rußpartikelfilter sind ein warnendes Beispiel, dass Bremse beim Klimaschutz nichts bringt, auch der deutschen Wirtschaft nicht. Auch unter Ihnen als Unternehmensvertreter werden mir viele zustimmen: Wenn wir Ökologie und Ökonomie nicht zusammenbringen, gefährden wir die Grundlage für den Erfolg in der Zukunft.“

Ulrich Grillo (Bundesverband der Deutschen Industrie) – Tag der deutschen Industrie: „Das einzige Land, das mit der Industrie fremdelt, ist – ausgerechnet – Deutschland! Sicher: Es gibt sie – die Sonntagsreden, in denen die herausragende Bedeutung der Industrie gelobt wird. Dann aber folgt schon bald wieder das Montagshandeln: Statt uns das Leben einfacher zu machen, statt Investitionen in die „Jobmaschine Industrie“ attraktiv zu machen, setzen Teile der Politik und der Öffentlichkeit auf neue Wachstumshemmer: Auf Steuererhöhungen, auf mehr Bürokratie und auf neue Belastungen, seien es steigende Strompreise oder Eingriffe in unsere Unternehmensführung. Dabei gilt doch: Wenn wir erfolgreich sein sollen, dann brauchen wir auch weiterhin das richtige Maß an unternehmerischer Freiheit!“

In ähnlicher Weise wird ein weiterer Bereich innerhalb der Redeausschnitte verwendet, in dem politische Siege betont werden. Die Akteure unterstreichen ihren eigenen Anteil an positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen – sei es durch vergangene Entscheidungen oder Agenda Setting – oder verweisen auf die eigene vergangene Leistungsbilanz, um aktuelle Erfolge des politischen Gegners zu relativieren.

Angela Merkel (CDU) – Tag der deutschen Industrie: „Wir wissen, dass Deutschland am Anfang des Jahrhunderts als „kranker Mann Europas“ galt. Wir stehen heute hingegen auch deshalb so gut da, weil wir Arbeitsmarktreformen und Reformen in den sozialen Sicherungssystemen – Agenda 2010, Rente mit 67 und vieles andere mehr – durchgeführt haben. Ansonsten würden wir heute nicht so dastehen, wie wir dastehen.“

Peer Steinbrück (SPD) – Tag der deutschen Industrie: „Der fünfte Faktor ist, dass die Politik nicht so viel verkehrt gemacht hat, wie Sie gelegentlich miteinander debattieren, wenn ich nicht dabei bin - auch Sozialdemokraten nicht. Die wesentlichen Entwicklungen sind gelegt worden in früheren Jahren und ich scheue mich nicht zu sagen - anders als das was sie vielleicht heute Morgen gehört haben - aus der Entwicklung der letzten vier Jahre kann ich jedenfalls bemerkenswerte Initiativen im Vergleich zu dem was sich in den sieben, acht Jahren davor getan hat, nicht erkennen.“

Hildegard Müller (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) – BDEW-Kongress: „Die kommende Legislaturperiode, das steht schon heute fest, ist von größtmöglicher Bedeutung für die Zukunft der Energiepolitik und das Gelingen der Energiewende. Ein Großteil der Agenda für die kommende Legislaturperiode steht fest. Niemand wird im Herbst sagen können, die Herausforderungen seien neu und bedürfen noch sorgfältiger Prüfung. Lange genug wurde nur an den wesentlichen Problemen herumgedoktert und es wurden Studien erarbeitet und Überlegungen angestellt. Die Erwartung ist klar, meine Damen und Herren. Im Herbst muss gehandelt werden. Eine Schonfrist gibt es nicht für die neue Bundesregierung“

4. Fazit: Muster der Handlungsmotivation werden aktiv genutzt

Aus der Perspektive der politischen Rationalität lassen sich bereits im ausschnitthaften Blick auf die Reden von Parteien- und Interessenvertretern im Rahmen von Verbände-Konferenzen bestimmte Muster der Handlungsmotivation erkennen. Dazu wurden vier Zieldimensionen abgeleitet, die das Feld der Akteursmotivation abstecken. Da in der besonderen Situation des Wahlkampfes die Policy-Dimension der Sachfragen hinter Selbstdarstellung und Stimmenmaximierung zurücktritt, blendete die Untersuchung das vierte Ziel der sachorientierten Problemlösung aus. Die identifizierten Muster umfassen im (1) Ziel „Profilbildung“ die Betonung fachlicher Kompetenz und Pragmatismus, die Abgrenzung von anderen Akteuren, sowie den Schulterchluss zwischen Parteipolitik und Verbündeten aus den organisierten Interessen. Im (2) Ziel der „direkten Ressourcensteigerung“ beschreiben sie das Versprechen bzw. die Forderung für direkten Zugang ins politische Entscheidungszentrum, die aktive Unterstützung einflussreicher Akteure für bestimmte Interessen, sowie die ökonomischen Folgen der Politik. Die Muster im (3) Ziel „Machtdemonstration“ unterstreichen die durchsetzungsstarke Stellung der Akteure durch „nicht ohne uns“ bzw. „nur mit uns“ Argumentationen und die Inszenierung politischer Siege. Die drei ausgewählten Veranstaltungen – der Deutsche Verbrauchertag, der Tag der deutschen

Industrie und der BDEW-Kongress der Energie- und Wasserwirtschaft – stellen allerdings lediglich eine Momentaufnahme dar, um sich den komplexen Beziehungen zwischen parteipolitischen Akteuren und Interessengruppen auch ohne systematische Erhebung der formalen und informellen Kontakte zu nähern. Trotz dieser Einschränkung wird deutlich, dass die Parteien- und Interessenvertreter die Darstellungsmöglichkeiten, die die Kongresse und Jahrestagungen der großen Interessenverbände im Wahlkampf anbieten, erkannt haben und auch aktiv für ihre politische Kommunikation nutzen.

Quellen und Literatur

Billen, Gerd (Verbraucherzentrale Bundesverband): Rede am Deutschen Verbrauchertag 2013, am 03.06.2013, online unter <http://www.vzbv.de/11746.htm>, zuletzt abgerufen am 18.07.2013.

Göring-Eckardt, Katrin (Die Grünen): Rede am Tag der deutschen Industrie 2013, am 11.06.2013, online unter <http://goering-eckardt.de/detail/nachricht/rede-zum-bdi-tag-der-deutschen-industrie-2013.html>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Grillo, Ulrich (Bundesverband der Deutschen Industrie): Rede am Tag der deutschen Industrie 2013, am 11.06.2013, online unter http://www.bdi.eu/TDI2013_17350.htm, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Merkel, Angela (CDU): Rede am Tag der deutschen Industrie 2013, am 11.06.2013, online unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/06/2013-06-11-rede-bdi.html>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Merkel, Angela (CDU): Rede am Deutschen Verbrauchertag 2013, am 03.06.2013, online unter <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/06/2013-05-03-merkel-verbrauchertag.html>, zuletzt abgerufen am 18.07.2013.

Merkel, Angela (CDU): Rede am BDEW-Kongress 2013, am 12.06.2013, online unter <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2013/06/2013-06-12-merkel-bdew-kongress.html>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Müller, Hildegard (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft): Rede am BDEW-Kongress 2013, am 13.06.2013, online unter <http://www.bdew.de/internet.nsf/id/98KF96-podcasts-de>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Rösler, Philipp (FDP): Rede am Tag der deutschen Industrie, am 11.06.2013, online unter <http://www.bmw.de/DE/Themen/wirtschaft,did=580580.html>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Rösler, Philipp (FDP): Rede am BDEW-Kongress 2013, am 13.06.2013, online unter <http://www.bdew.de/internet.nsf/id/98KF96-podcasts-de>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Steinbrück, Peer (SPD): Rede am Tag der deutschen Industrie 2013, am 11.06.2013, online unter http://peer-steinbrueck.de/aktuelles/reden/102218/20130611_rede_steinbrueck_tag_der_deutschen_industrie.html, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Steinbrück, Peer (SPD): Rede am BDEW-Kongress 2013, am 12.06.2013, online unter <http://www.bdew.de/internet.nsf/id/98KF96-podcasts-de>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Steinbrück, Peer (SPD): Rede am Deutschen Verbrauchertag 2013, am 03.06.2013, online unter <http://www.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/13705628/content>, zuletzt abgerufen am 19.07.2013.

Trittin, Jürgen (Die Grünen): Rede am BDEW-Kongress 2013, am 13.06.2013, online unter http://www.trittin.de/trittin/texte/reden/20130613_bdew.php, zuletzt abgerufen am 19.07.2013

Literatur

Bouwen, Pieter 2004: Exchanging Access Goods for Access: A Comparative Study of Business Lobbying in the European Union Institutions. In: *European Journal of Political Research*, 2004, H. 43. S. 337-369.

Böcher, Michael; **Töller**, Annette Elisabeth (2012): *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung*. Wiesbaden, SpringerVS.

Florack, Martin; / **Grunden**, Timo (2011): Regierungszentralen im Kontext des formalen und informellen Regierens. Theoretische und empirische Anknüpfungspunkte für ein wiederentdecktes Forschungsfeld. in: Martin Florack, Timo Grunden (Hrsg.): *Regierungszentralen. Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S.7-32.

Florack, Martin; **Grunden**, Timo; **Korte**, Karl-Rudolf (2011): Kein Governance ohne Government. Politikmanagement auf Landesebene. In: Stephan Bröchler und Julia Blumenthal (Hrsg.): *Regierungskanzleien im politischen Prozess*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 181–201.

Grasselt, Nico; **Korte**, Karl-Rudolf (2007): *Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Korte, Karl-Rudolf; **Fröhlich**, Manuel (2009): *Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen*. 3. Aufl. Paderborn: Schöningh (Grundkurs Politikwissenschaft, 2436).

Rüb, Friedbert W. (2012): „Regieren“. Was machen Regierungen, wenn sie regieren? In: Björn Egner, Michael Haus und Georgios Terizakis (Hrsg.): Regieren Festschrift für Hubert Heinelt. Wiesbaden, SpringerVS, S. 111-134.

Rüb, Friedbert W. (2008): Policy-Analyse unter den Bedingungen von Kontingenz. Konzeptuelle Überlegungen zu einer möglichen Neuorientierung. in: Frank Janning, Katrin Toens (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 88-111.

Schiller, Theo (2007): Verbände und Parteien. in: Thomas von Winter ; Ulrich Willems (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. VS Verl. für Sozialwiss., S. 439-464.

Töller, Annette Elisabeth (2012): Regieren als Problemlösung oder als eigendynamischer Prozess? Überlegungen zu einer Überwindung des Problemlösungsbias in der Politikfeldanalyse. in: Björn Egner, Michael Haus, Georgios Terizakis (Hrsg.): Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S.171-190.